

EINWOHNERRAT BRUGG

PROTOKOLL  
der Sitzung des Einwohnerrates  
vom 12. Dezember 2020, 16.00 Uhr, im Campussaal

\* \* \*

Traktandum:

Budget 2021 der Einwohnergemeinde Brugg

\* \* \*

Vorsitz: Rita Boeck, Präsidentin  
Aktuar: Matthias Guggisberg, Stadtschreiber  
Stimmzähler: Samuel Moor und Matthias Rüede

\* \* \*

Präsenz: Es sind 49 Mitglieder anwesend. Frau Diana Hohl trat per Ende Oktober 2020 aus dem Einwohnerrat aus.

\* \* \*

## Budget 2021 der Einwohnergemeinde Brugg

---

Herr Vizeammann Dr. Leo Geissmann: An seiner Sitzung vom 23. Oktober 2020 beschloss der Einwohnerrat die Rückweisung des Budgets 2021. Dies auf Antrag des Präsidenten der Finanzkommission und verbunden mit folgender Erwartung: Reduktion des betrieblichen Aufwands ohne Abschreibungen im Bereich von 0,5 Millionen Franken, ohne dabei auf laufende und notwendige Unterhaltsarbeiten zu verzichten. Der Stadtrat nahm den Auftrag aus der Rückweisung an und kann dem Rat heute ein überarbeitetes Budget mit Einsparungen beim Personal- sowie beim Sach- und Betriebsaufwand im Umfang von 576'400 Franken präsentieren. Die Budgetkorrekturen sind im Bericht an den Einwohnerrat ausgewiesen und die Kürzungen im Detail aufgeführt. Das überarbeitete Budgetbüchlein liegt in einer digitalen Version vor.

Bevor wir ins Detail gehen, halte ich fest, dass der Stadtrat nach wie vor davon überzeugt ist, dass es in der aktuellen, wirtschaftlich schwierigen und von Einschränkungen geprägten Zeit nicht angezeigt ist, einen rigorosen Sparkurs einzuschlagen. Er verzichtet auch mit der überarbeiteten Version bewusst auf ein Sparbudget, das die Entwicklung der Stadt Brugg hemmen könnte. Die Einsparungen wurden weitestgehend in Bereichen vorgenommen, die eine Anpassung ohne Einbussen bei der Qualität des Leistungsangebots erlaubten.

In der Diskussion zur Rückweisung wurde angeregt, auf die Besetzung der Stellen zu verzichten, die der Rat im laufenden Jahr beschlossen hatte. Der Stadtrat betrachtet einen Verzicht auf die Stellenbesetzungen nicht als sinnvoll. Die zusätzlichen Stellen auf der Stadtkanzlei und bei der Regionalpolizei wurden nicht auf Vorrat beantragt. Vielmehr hatte der Stadtrat in den jeweiligen Vorlagen den Bedarf für diese Stellen ausgewiesen und ausführlich begründet. Die vorgeschlagenen Einsparungen beim Personalaufwand sind aus den folgenden Gründen möglich: Die Besetzung der Personal- und Kommunikationsstelle soll wie beantragt auf den 1. Januar 2021 erfolgen. Da ein interner Wechsel geplant ist, soll das freierwerbende Pensum im Sinne eines Kompromisses erst ab Mitte 2021 neu besetzt werden. Der Arbeitsmarkt für Polizisten ist ziemlich ausgetrocknet. Es ist deshalb nicht damit zu rechnen, dass beide neu geschaffenen Polizistenstellen per 1. Januar 2021 besetzt werden können. Aus diesem Grund sollen die Anstellungen gestaffelt erfolgen und die zweite Polizistenstelle erst per Mitte 2021 ausgeschrieben werden.

Aus der Verschiebung der beiden Anstellungen auf Mitte 2021 ergibt sich beim Personalaufwand eine Einsparung von 123'700 Franken.

Ich weise den Rat in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Stadtrat die mit dem vorliegenden Budget beantragten Pensumserhöhungen bei der Stadtplanung und beim Sekretariat der Abteilung Planung & Bau von je 10 Prozent als notwendig erachtet. Für die Entwicklung der Stadt ist es wichtig, dass genügend Ressourcen bereitstehen, um die anstehenden Planungsaufgaben zeitgerecht zu bearbeiten. Diese Wichtigkeit ist nicht zuletzt durch verschiedene politische Vorstösse aus dem Rat untermauert worden.

In der Kontogruppe 31, Sach- und übriger Betriebsaufwand, nahm der Stadtrat bei einzelnen Projekten, beim Unterhalt von Gebäuden, Strassen und Parks, bei Beschaffungen, bei der Planung und beim Schulbetrieb Budgetkorrekturen vor. Die Einsparungen lassen sich in drei Kategorien gliedern, die im vorliegenden Bericht bei den einzelnen Kürzungen vermerkt sind. Kategorie B bezeichnet Projekte, Planungsaufträge und Ausgaben, die auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden sind. Die damit verbundenen Einsparungen betragen 169'800 Franken. Kategorie C bezeichnet Budgetanpassungen bei Beiträgen an Lager, Schulreisen und Exkursionen im Bereich der Schule. Aufgrund der durch Covid-19 bedingten Einschränkungen ist absehbar und zum Teil bereits beschlossen, dass diese Aktivitäten nicht oder nur in reduziertem Umfang durchgeführt werden können. Die damit verbundenen Einsparungen betragen 41'400 Franken.

Mit grosser Wahrscheinlichkeit werden auch weitere Anlässe und Veranstaltungen aufgrund der Covid-19-Einschränkungen nicht wie geplant durchgeführt werden können. Der Stadtrat ist jedoch bestrebt, die Anlässe wenn immer möglich in einer geeigneten Form durchzuführen. Aus diesem Grund wurde darauf verzichtet, weitere Budgetpositionen auf einen möglichen Einfluss von Covid-19-Einschränkungen zu überprüfen.

Kategorie D bezeichnet Positionen, bei denen der Stadtrat Kürzungen vorgenommen hat. Dies betrifft im Wesentlichen Positionen beim Unterhalt, bei Projekten und bei der Planung. Der Stadtrat ist überzeugt, dass diese Kürzungen keine nachteiligen Folgen auf die Qualität von notwendigen Massnahmen haben. Die damit verbundenen Einsparungen betragen 241'500 Franken.

Das Total der Budgetkorrekturen beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand beträgt 452'700 Franken. Zusammen mit den Korrekturen beim Personalaufwand ergibt sich ein Gesamttotal aller Korrekturen von 576'400 Franken. Damit ist nach Ansicht des Stadtrats die mit der Rückweisung beantragte Reduktion von 0,5 Millionen Franken beim betrieblichen Aufwand erreicht.

Der Stadtrat betrachtet die eingestellten Korrekturen als Gesamtpaket. Es sind Kürzungen in verschiedenen Bereichen, sie müssen von allen mitgetragen werden. Sie wurden von den

verantwortlichen Verwaltungsabteilungen geprüft und vorgeschlagen. Der Stadtrat appelliert an den Rat, das überarbeitete Budget als Ganzes zu akzeptieren und gutzuheissen. Auch wenn die Eine oder der Andere es schade findet, dass eine bestimmte Kontoposition korrigiert worden ist, bitte ich den Rat, das geschnürte Paket nicht wieder aufzureissen und Einzelkorrekturen zu beantragen und zu bewilligen. Das ist nicht zielführend und gefährdet den Kompromiss.

Durch die Korrekturen im Umfang von 576'400 Franken im überarbeiteten Budget 2021 reduziert sich der Verlust aus betrieblicher Tätigkeit auf 10'782'600 Franken. Das Ergebnis aus der Finanzierung bleibt unverändert. Somit reduzieren sich das operative Ergebnis und das Gesamtergebnis um den gleichen Korrekturbetrag auf einen Verlust von 4'189'900 Franken. Die Selbstfinanzierung erhöht sich auf 843'400 Franken.

Ich danke allen an der Überarbeitung beteiligten Personen für die schnelle und zielgerichtete Erledigung des Auftrags, Einsparungsmöglichkeiten in ihren Budgetbereichen zu eruieren und dem Stadtrat vorzuschlagen. Ein spezieller Dank geht an den Leiter der Abteilung Finanzen, Herrn Stefan Huber, der, statt seine Ferien zu geniessen, das überarbeitete Budget in Rekordzeit zusammenstellte und neu aufbereitete. Mein Dank gehört auch der Finanzkommission und ihrem Präsidenten, Herrn Willi Wengi, für die wohlwollende Aufnahme der überarbeiteten Budgetvorlage.

Ich bitte den Rat, dem Antrag auf Seite 25 der Digitalversion zu folgen und das überarbeitete Budget 2021 in der vorliegenden Form und ohne weitere Korrekturen zu genehmigen und den unveränderten Bezug von 97 % Gemeindesteuern zu beschliessen.

Tragen Sie den Entscheid des Stadtrates mit, in der aktuellen durch Covid-19 belasteten Situation auf ein Sparbudget zu verzichten. Angesichts des hohen Vermögens erachtet es der Stadtrat als vertretbar und sinnvoll, im Budget 2021 auf Massnahmen, die zu einem Leistungsabbau oder zu zusätzlichen Lasten führen, zu verzichten.

Herr Willi Wengi, Präsident der Finanzkommission: Die Finanzkommission dankt dem Stadtrat sowie allen beteiligten Abteilungen für die rasche Reaktion auf die Rückweisung des Budgets und für das Gespräch, das die Finanzkommission mit dem Gesamtstadtrat bereits am 9. November 2020 führen konnte.

Die Änderungen erfüllen die minimal geforderte Summe und wurden in den geforderten Bereichen vorgenommen. Die Finanzkommission hält sie zum grossen Teil für wenig nachhaltig, versteht dies aber auf Grund der Kurzfristigkeit und der besonderen Situation.

Mit Massnahmen wie zum Beispiel der verzögerten Besetzung der beiden Stellen bei der Regionalpolizei, für welche der Markt ohnehin ausgetrocknet ist und die sowieso nicht wie ursprünglich budgetiert besetzt werden können, oder die Annullierung von Schullagern, die wegen Corona ohnehin nicht durchgeführt werden können, erfüllt man die Forderungen – aber schlaumeierisch. Ansätze zur Korrektur der Finanzlage sind kaum zu erkennen. Die Finanzkommission geht davon aus, dass die versprochene Finanzstrategie zeitlich so vorliegt, dass sie vor der Budgetierung 2022 mit der Finanzkommission besprochen werden kann.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Rat, dem um 576'400 Franken reduzierten Budget 2021 und den dafür vorgenommenen Änderungen auf Basis der vorliegenden Dokumente und des Gesprächs vom 9. November 2020 als Ganzes zuzustimmen.

Herr Stefan Baumann: Ich spreche im Namen der SVP. Wir nehmen das korrigierte Budget zur Kenntnis und stellen fest, dass nur die minimalsten Anforderungen der Finanzkommission erfüllt worden sind. Ansätze für eine längerfristige Lösung sind nicht zu erkennen. Die sogar teilweise höheren Personalkosten, die Herr Vizeammann Dr. Leo Geissmann erwähnte, weisen darauf hin, dass der Stadtrat den Ernst der Lage immer noch nicht erkannt hat. Es ist offensichtlich, dass der Stadtrat mit einer gewissen Hilflosigkeit agiert. Für eine nachhaltige Lösung der Finanzprobleme stimmt dies gar nicht zuversichtlich. Wir erwarten vor dem nächsten Rechnungsabschluss eine Finanzstrategie, die erstens nachhaltig ist und aus der zweitens Anstrengungen erkennbar sind. Eine weitere Verschiebung der Finanzstrategie akzeptieren wir nicht.

Wir erinnern den Rat an die mahnenden Worte, die wir seit bald zehn Jahren wiederholen, und mit denen wir auf das sich abzeichnende Fiasko hinweisen. Trotz der negativen Vorzeichen wurde die Verwaltung immer weiter aufgebläht – und damit meinen wir nicht nur die Gemeindefusionen. Vermutlich las jedes Ratsmitglied die erst kürzlich publizierten Zeitungsberichte über Budgetrückweisungen in verschiedenen Gemeinden der Region. Es fällt auf, dass bei genau jenen Gemeinden das Budget Schiefelage aufweist, die entweder ein starkes Wachstum oder Fusionen anstrebten. Grösser ist nicht immer gleich besser. Aber so lange sich der Stadtrat gerne mit Baden und Aarau vergleicht, die einfach nicht derselben Kategorie angehören wie Brugg, ist keine Besserung in Sicht. Eine Führung des Betriebs über nachvollziehbare Kennzahlen scheint dem Stadtrat völlig fremd zu sein.

In Zukunft erwarten wir eine Fokussierung auf die Führung der Stadt mit Kennzahlen im Zeitvergleich, beispielsweise dem Nettoverwaltungsaufwand pro Kopf. Ebenso interessant wären

beispielsweise die Pro-Kopf-Kosten eines Schülers, und wie sich diese Zahlen in den letzten 30 Jahren verändert haben. Es gibt weitere Finanzgruppen, die ähnlich analysiert werden müssten. Die Konsequenz wäre vermutlich – eventuell in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden – mit dem Kanton die fehlgelaufene Kostenentwicklung zu korrigieren beziehungsweise dem Niveau der Privatwirtschaft anzupassen.

Es ist richtig, dass die Stadt ein hohes Vermögen aufweist. Aber dieses soll für nachhaltige Investitionen und nicht zur Deckung der laufenden Kosten verwendet werden. Wir erwarten eine Priorisierung der Projekte aufgrund des Return on Investments oder der Verbesserung des Steuersubstrats. Um es deutlich zu sagen: Eine Steuererhöhung kommt für die SVP nicht in Frage.

Wir erwarten, dass der Stadtrat nun endgültig aktiv wird und auch unangenehme Massnahmen trifft. Er ist nicht gewählt worden, um beliebt zu sein, sondern um den Betrieb Stadt Brugg zu führen. Die Lösungen müssen von der Exekutive kommen.

Zum Schluss einige Fakten. Steuerertrag: 34 Millionen. Betrieblicher Aufwand ohne Abschreibungen: 59 Millionen. Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit: minus 10,8 Millionen. Gesamt- beziehungsweise operatives Ergebnis: minus 4,19 Millionen. Und dabei wird eine Budgetkorrektur von 576'400 Franken ausgewiesen. Wenn es Ihr Geld oder Ihre Firma wäre, würden Sie dies akzeptieren? Vermutlich denken einige, weil es nicht ihr Geld sei, könnten sie so agieren. Aber dieses Geld wurde uns vom Steuerzahler anvertraut.

Die SVP wird deshalb auch das korrigierte Budget 2021 geschlossen ablehnen.

Herr Yves Gärtner: Ich hörte, dass die Einsparungen nicht nachhaltig seien und dass Vieles wie die verzögerte Besetzung von Stellen oder die Absage von Lagern ohnehin nur der Situation geschuldet sei. Der Rat lehnte das Budget ab, weil sich die Zahlen aufgrund der Covid-Krise so schlecht präsentierten. Wenn die Auswirkungen nicht angenommen werden, die entstehen, um mit der Krise klar zu kommen, ist dies nicht konsequent.

Im Übrigen ist mit dem Begriff «nachhaltig» wohl «langfristig» gemeint. Wir Grünen verstehen den Begriff «nachhaltig» anders, aber es ist bekannt, dass dazu verschiedene Auslegungen bestehen. Wir bieten natürlich sehr gerne Hand für nachhaltige Investitionen und eine nachhaltige Finanzstrategie.

Die Grünen sind der Ansicht, dass nun Gelegenheit besteht, ein weiteres unrühmliches Kapitel in der Brugger Politik abzuschliessen. Wir sind der Meinung, dass der Rat in der aktuellen Situation Stabilität, Kontinuität und Sicherheit bieten sollte, damit die Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch die Firmen, wissen, was auf sie zukommt und damit planen können.

Es ist aktuell wirklich schon schwierig genug, auch ohne dass der Rat in die Kakophonie der nationalen und kantonalen Politik einstimmt.

Die Stadt Brugg konnte in der Vergangenheit Reserven für schwierige Zeiten bilden. Diese schwierigen Zeiten sind jetzt. Ich bitte den Rat, es nicht noch schlimmer zu machen und dem Budget zuzustimmen. Die Grünen sind bereit, in den sauren Apfel zu beissen und werden die geplanten Kürzungen in den Schulen und im Umweltschutz nicht aktiv mit Anträgen bekämpfen. Für uns ist es jetzt das Wichtigste, diese unsägliche Blockade zu lösen.

Herr Markus Lang: Ich spreche im eigenen Namen. Die Positionen, bei denen gespart werden soll, sind für mich nachvollziehbar. Es wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, dass beim Budget Nachhaltigkeit verlangt wird. Aber dies war hier nicht der Auftrag. Es ging vielmehr darum, beim aktuellen Budget Einsparpotenzial aufzuzeigen und nicht darum, langfristige für die kommenden Budgets zu planen. Hier wird etwas vermischt. Aus meiner Sicht ist Letzteres ganz klar Sache der Finanzstrategie. Wenn dies jetzt vorweggenommen wird, wird ein zu enger Rahmen für die Entwicklung der Finanzstrategie gesetzt. Es geht heute um das Budget 2021 und nicht um das, was der Rat vom Stadtrat hinsichtlich finanzieller Entwicklung der Stadt sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite verlangt.

Herr David Hunziker: Der Stadtrat bekam den Auftrag, im Budget 2021 500'000 Franken einzusparen. Dieser Auftrag ist aus meiner Sicht erfüllt, es wurden 576'400 Franken eingespart. Die SP wird dem Budget zustimmen, wie sie bereits dem vorhergehenden Budget zustimmte. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die schwierigen Zeiten, für welche die Stadt gespart hat, jetzt hier sind. Dies ist ein spezielles Jahr und das nächste wird es ebenfalls sein. In dieser Zeit muss die Stadt Sicherheit ausstrahlen, nicht nur für die Bevölkerung und die Unternehmen, sondern für die Gesamtsituation.

Wir erachten es als sinnvoll, dass keine Leistungen abgebaut worden sind. Einige werden mir widersprechen, aber ich bin der Ansicht, dass wir jetzt den Mut haben müssen, keine Leistungen abzubauen. Wir sind es der Bevölkerung schuldig, die Leistungen, die eine Stadt bieten muss, zu erbringen. In diesem Sinne bitte ich den Rat, das Budget anzunehmen. Die SP erwartet vom Stadtrat, dass er die Stadt weiterentwickelt. Und genau deshalb wird sie dem Budget zustimmen.

Frau Angelika Curti: Ich spreche im Namen der CVP. Bereits an der Oktober-Sitzung sprach sich die CVP einstimmig für das vorliegende Budget und gegen Sparmassnahmen aus. Jetzt

dankt die CVP dem Stadtrat und den städtischen Verwaltungseinheiten für das überarbeitete, in Rekordzeit vorgelegte Budget, welches die Forderung des Rats nach Einsparung von 500'000 Franken erfüllt.

Der Stadtrat legt ein revidiertes Budget mit Sparvorschlägen vor, die niemanden schmerzen, was die CVP freut und wofür sie dankt. Einige Positionen werden verschoben, andere werden aufgrund der aktuellen Situation ohnehin wegfallen. Eine Position möchte ich erwähnen, nämlich die Streichung der geplanten Fällung der Silberpappeln am Dammweg. Vor einem Jahr erreichte die CVP die Streichung dieser Position aus dem Budget. Es hat uns irritiert, dass die Fällung der Silberpappeln nun wieder budgetiert worden war. Die Position ist jetzt wieder gestrichen worden, weshalb wir keinen erneuten Antrag dazu stellen müssen.

Etwas konsterniert nimmt die CVP zur Kenntnis, dass die Besetzung der Stellen, die auf demokratischem Weg bewilligt worden sind, aufgeschoben wird. Wir hörten vom Stadtrat, dass die Stellen bei der Regionalpolizei ohnehin schwierig zu besetzen sein werden, und dass für die Stelle im Personalwesen offenbar eine interne Lösung gefunden werden kann. Es ist der CVP ein Anliegen, dass die Stadtverwaltung personell gut aufgestellt ist und die Bevölkerung weiterhin auf eine gute Stadtverwaltung zählen kann. Dazu gehört eine kompetente Personalführung, die nicht gratis zu haben ist.

Die CVP wartet gespannt auf die Finanzstrategie des Stadtrats. Wir sind der Ansicht, dass sie möglichst schnell vorliegen soll, wenn möglich bei Vorliegen der Rechnung 2020, damit bis zur Budgetierung 2022 genügend Zeit für die Meinungsfindung verbleibt.

Die CVP wird dem revidierten Budget 2021 einstimmig zustimmen und keine weiteren Anträge stellen.

Frau Doris Erhardt: Auch die EVP dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die sehr schnelle Überarbeitung des Budgets. Es ist uns bewusst, dass die meisten Kürzungen nur aufgeschoben sind. Diese Ausgaben werden in einem nächsten Budget voraussichtlich wieder enthalten sein. Auch befürchten wir, dass die durch Covid-19 bedingten Minderausgaben durch niedrigere Steuereinnahmen oder Unterstützungsbeiträge an das hiesige Gewerbe ausgeglichen werden. Die EVP wird diesem Budget aber zustimmen, weil wir dem Stadtrat keine Steine in den Weg legen wollen. Er soll Anfang Jahr die notwendigen Investitionen auslösen und so unsere Wirtschaft und unser Gewerbe mit Aufträgen unterstützen können. Auch hoffen wir, dass so ausreichend Zeit zur Erarbeitung der Finanzstrategie bleibt. Die EVP ist gespannt darauf und hofft das Beste.

Herr Michel Indrizzi: Ich spreche im Namen der FDP. Die FDP bedankt sich für die Überarbeitung des Budgets und nimmt zur Kenntnis, dass der Stadtrat und alle Beteiligten sehr schnell handelten und dass die minimalen Anforderungen der Finanzkommission erfüllt wurden.

Leider müssen wir auch feststellen, dass die Massnahmen nicht nachhaltig oder sogar fragwürdig sind. Nicht nachhaltig, da die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen nicht kleiner, sondern eher grösser wird. Fragwürdig, weil einfach die Anstellung von neuen Mitarbeitenden verschoben wurde. Es finden sich im Budget keine echten Reduktionen, sondern lediglich Kostenverschiebungen. Seit Jahren ist das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit negativ. Die Stadt ist auf die Finanzerträge angewiesen, um das Delta auszugleichen. Mit diesem Wissen sieht der Stadtrat für die nächsten vier Jahre einen Vermögensabbau von 20 Millionen vor. Wir fragen uns, was die Strategie des Stadtrats ist. Mit welchen Mitteln soll künftig das Defizit im betrieblichen Bereich gedeckt werden? Das vorhandene finanzielle Polster verdanken wir unseren Vorgängern, die es mit guten, klugen Massnahmen aufbauten. Wir dürfen nicht zulassen, dass dieses Polster mit weniger guten und klugen Entscheidungen in wenigen Jahren vernichtet wird. Die FDP erwartet eine Finanzstrategie mit Messgrössen wie beispielsweise Unterhalt, Return on Investment, Netto-Verwaltungsaufwand pro Kopf und so weiter, die sich regelmässig messen und vergleichen lassen, damit sich künftig die Schere zwischen Betriebsaufwand und Betriebsertrag wieder schliesst, und dies nicht einfach durch eine Erhöhung des Steuersubstrats sprich durch Erhöhung der Gemeindesteuern.

Die FDP ist mit dem Budget nicht zufrieden und nicht einverstanden damit. Jedoch sieht die FDP auch, dass nun über das Budget und die Planungssicherheit für das nächste Jahr diskutiert wird und dass die minimalen Anforderungen erfüllt wurden. Deshalb wird die FDP dem Budget mehrheitlich zustimmen, aber mit einer klaren Botschaft: Das Vertrauen schwindet. Wir fordern vom Stadtrat eine klare Strategie und Zielsetzungen mit Kennzahlen, damit wir das betriebliche Defizit in den Griff bekommen und sich die Schere nicht weiter öffnet.

Herr Peter Haudenschild: Ich danke der Finanzkommission, dass sie ihre Rolle als finanzpolitisches Gewissen dieser Stadt wahrnahm. Ich danke aber auch dem Stadtrat und der Verwaltung, die es ermöglichten, dass der Rat noch in diesem Jahr über das Budget abstimmen und es bereits im Januar dem Stimmvolk vorgelegt werden kann.

Ich begriff erst jetzt so richtig, dass Einwohner- und Stadtrat nicht das Gleiche unter dem Begriff «sparen» verstehen. Der Stadtrat wollte wegen der Corona-Pandemie kein Sparbudget vorlegen, was an und für sich nicht ganz unvernünftig ist. Die Aussage des Stadtrats jedoch, dass es kein Sparbudget sei, entspricht nach meinem Verständnis nicht den Tatsachen. Sie ist beschönigend und verschleiern.

Im Budget 2020 betrug das Betriebsdefizit «nur» 7,1 Millionen. Geht es nach den heutigen Zielvorstellungen des Stadtrats, wäre das Vermögen von rund 80 Millionen in gut zehn Jahren aufgebraucht. Die Börsengewinne und Kapitalerträge habe ich dabei nicht berücksichtigt, aber dies ist eher eine Sache der Banken und nicht einer öffentlichen Institution oder einer Kommune.

Der erste Vorschlag des Budgets 2021 beinhaltet ein Betriebsdefizit von 11,4 Millionen. Die Steigerung des Defizits gegenüber dem Vorjahr betrug über 60 %. Wenn so weitergefahren wird, wäre das Vermögen – ohne Berücksichtigung der Börsengewinne – in etwa sieben Jahren aufgebraucht.

Der zweite Vorschlag des Budgets 2021 beinhaltet «nur» noch 10,8 Millionen Defizit. Dies entspricht immer noch einer Zunahme von 50 % gegenüber dem Vorjahr. Auch damit wäre das Vermögen in rund sieben Jahren aufgebraucht.

Für mich ist dies nicht nur nicht sparen, es ist das Gegenteil von sparen. Gemäss Google ist das Gegenteil von Sparen «Verprassen, Verschwenden, Verpulvern». Das Fazit zum heute vorliegenden revidierten Budgetvorschlag: Es müsste aus betriebswirtschaftlichen Gründen wiederum als leichtsinnig zurückgewiesen werden. Ich machte mich aber immer stark dafür, dass es gute Gründe braucht, um der Finanzkommission nicht zu folgen, wenn sie einen Antrag stellt und diesen gut begründet. Sie gab heute nur eine Empfehlung ab, was uns aufhorchen lassen sollte. Der Rat hat nicht nur die Pflicht, für die Bürger eine Dienstleistung zu erbringen. Er hat, und das ist wichtiger, die Pflicht, den Finanzhaushalt der Stadt im Gleichgewicht zu halten.

Die Finanzkommission hat als Ganzes und bei allem Respekt nicht gerade Reisszähne. Sie hat eher eine Gebissprothese und dazu auch noch Beisshemmungen. Auf die Frage, ob es schlau sei, eine halbe Million einzusparen, antwortete mein Umfeld unisono, dass bei diesen Zahlen mit Einsparungen von weniger als zwei Millionen gar nicht angefangen werden muss und auf die Sitzung im Dezember gleich verzichtet werden kann. Das wird in meinem Umfeld gesagt und gedacht.

Da die Finanzkommission in diesem Fall aber aktiv wurde, der Stadtrat die Minimalanforderungen der Finanzkommissionen erfüllte und es doch ein erstes, zaghaftes Schrittchen im

Sinne von Try and Error in die richtige Richtung ist, vor allem aber für die Planungssicherheit, die eines der wichtigsten wirtschaftspolitischen Elemente ist, werde ich dem revidierten Budget, diesem Kompromisschen, entgegen meinem liberal-betriebswirtschaftlichen Herz zustimmen. Ich bitte den Rat, dies ebenfalls zu tun.

Die Finanzstrategie wurde heute bereits mehrfach angesprochen. Gemäss Stadtrat verzögert sie sich aufgrund der Budgetrückweisung. Vielleicht kann wieder etwas Zeit aufgeholt werden. Ich erlaube mir, dem Stadtrat dazu einige Überlegungen mitzugeben.

Eine Strategie benötigt vorgängig eine Festlegung des Bedarfs. Daraus sind die Ziele abzuleiten. Ohne Bedarfsabklärung, ohne Zielformulierung entsteht keine nützliche Strategie. Der Stadtrat soll die Ziele fest- und dem Einwohnerrat vorlegen. Wer bereits mit betriebswirtschaftlichen Zielen gearbeitet hat, kennt beispielsweise das System SMART, nachdem ein Ziel spezifisch, konkret, messbar, akzeptiert, realistisch und terminiert sein muss. Die Strategie sagt aus, wie die Ziele erreicht werden sollen. Zuerst müssen also die Ziele festgelegt sein. Meines Erachtens gibt es nur ein einziges wesentliches Ziel: Das Betriebsergebnis muss auf eine schwarze Null gebracht werden. Das wird nicht einfach. Es muss aber unser aller Ziel sein, auch wenn die Erreichung wahrscheinlich mehrere Jahre dauert. Wie bereits erwähnt wurde, muss das Ziel selbstverständlich ohne Erhöhung des Steuersatzes und prinzipiell unter Erhaltung des Vermögens erreicht werden. Das Vermögen kann zur Teilfinanzierung von ausserordentlichen Neuinvestitionen verwendet werden, zum Beispiel für die Neugestaltung des Bahnhofplatz-/Neumarkt-Perimeters. Aber es darf nicht für die Sanierung einer bestehenden Strasse verwendet werden, dies muss aus den laufenden Einnahmen finanziert werden können. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, Bank zu spielen. Es ist nicht Aufgabe einer Kommune, Steuergelder auf Vorrat einzunehmen und auf dem Kapitalmarkt langfristig und erst noch mit Verlustrisiko anzulegen. Ich rufe deshalb den Rat, speziell aber den Stadtrat auf, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Dann sind auch genügend Ressourcen in der Verwaltung vorhanden. Konzentration auf das Betriebsergebnis, auf Projekte wie die zentrale Verwaltung oder den Bahnhofperimeter. Die Salzhaustreppe oder die Umgestaltung des Schöneggparks mögen politisch attraktiv sein, gehören aber sicher nicht zum Wesentlichen, ebenso wenig wie die vorzeitige Aufnahme einer neuen Tempo 30-Diskussion für eine vor kurzem für viel Geld sanierte und mit lärmreduzierendem Belag versehene Strasse.

Schlussendlich möge der Stadtrat – und ich wende mich hier auch ans Präsidium – auf Anmerkungen und Belehrungen wie bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage zum Bundesasylzentrum verzichten. Verzichten auf sprachpolizeiliche Äusserungen und Massnahmen

namentlich bei politischen Vorstössen. Es ist weder Aufgabe des Stadtrats noch des Präsidiums, wie ein Lehrerkollegium für angeblich sprachlich missratene Einwohnerrats-Schüler zu fungieren. So wird bloss ein endloses politisches Ping Pong gestartet, das die Stadt nicht weiterbringt. Von einer Exekutive und einem Ratspräsidium erwarte ich mehr Augenmass und vor allem mehr Gelassenheit.

Ich wünsche dem Stadtrat beim zügigen Marsch zur Ziel- und Strategiefindung herzhaften Mut, eine grosse Portion Gelassenheit und allen Anwesenden gesegnete Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Herr Willi Wengi, Präsident der Finanzkommission: Eine Empfehlung der Finanzkommission ist nicht schwächer als ein Antrag. Die Finanzkommission kann, wie mir mitgeteilt wurde, dem Rat keinen Antrag stellen, sondern nur Empfehlungen für die Abstimmung abgeben. Deshalb ist es eine Empfehlung.

Unter dem Strich ist das operative Ergebnis entscheidend, und nicht das Betriebsergebnis. Wer die Struktur der Stadt Brugg kennt, weiss, dass mit den Erträgen aus dem vorhandenen Vermögen das negative Betriebsergebnis teilweise korrigiert werden kann. Nicht das Betriebsergebnis, sondern das operative Ergebnis ist matchentscheidend.

Herr Vizeammann Dr. Leo Geissmann: Ich möchte auf den Vorwurf, dass der Stadtrat mit diesem Budget zum Abbau des Nettovermögens beitrage, eingehen. Dass ein Vermögensabbau zwar für die Finanzierung von Investitionsvorhaben in Ordnung sei, nicht aber für die Finanzierung des Betriebsdefizits. Im Budget ist ein rekordhohes Defizit beim operativen Ergebnis von 4,2 Millionen ausgewiesen, aber darin enthalten sind budgetierte Abschreibungen von 5,0 Millionen. Das operative Ergebnis ist somit tiefer als die Abschreibungen, weshalb letztlich eine positive Selbstfinanzierung von 843'400 Franken ausgewiesen ist. Zufälligerweise betragen die geplanten Nettoinvestitionen ebenfalls 5,0 Millionen. Abzüglich der Selbstfinanzierung müssen 4,2 Millionen des Nettovermögens für die Finanzierung der Investitionen aufgewendet werden. Es ist normal, dass hohe Vermögen für Investitionen genutzt werden, und auf diesem Weg ist die Stadt. Ich möchte mich vom Vorwurf distanzieren, dass das Vermögen zur Finanzierung des Betriebs verwendet wird. Das ist so nicht wahr.

Herr Titus Meier: Auf Seite 4 des gedruckten Büchleins sind unter anderem die Budgetkredite ausgewiesen. Sie sind insofern entscheidend, als dass sie in aller Regel grössere Investi-

tionen nach sich ziehen. Es lohnt sich, einen Blick in den Finanzplan zu werfen und dort nachzuschauen, was für ein Folgebetrag der Budgetkredit nach sich zieht.

Als zweitletzte Position ist die Projektierung der Umgestaltung des Schöneggparks zum Begegnungsort für Jung und Alt aufgeführt. Bei solchen Projekten stellt sich mir generell die Frage, wie der Stadtrat den Einwohnerrat und die Bevölkerung in Projekte einbezieht, die schlussendlich sehr nah bei der Bevölkerung sind. In welcher Form kann der Rat auf die Art und Weise der Ausführung des Schöneggparks Einfluss nehmen? Oder werden die Anwohnerinnen und Anwohner befragt und dann ein Projekt ausgearbeitet, das dann dem Rat vorgelegt wird und an dem dieser keine Änderungen mehr vornehmen kann? Wie ist das ange-dacht? Wann ist der richtige Zeitpunkt für den Rat, Wünsche und Anregungen einzubringen? Ist das während der Budgetdiskussion? Oder wann und wo besteht die Gelegenheit für den Rat, dem Stadtrat seine Gedanken mitzugeben, die dann einbezogen und in der Vorlage be-rücksichtigt werden? In den letzten Jahren machte ich leider immer wieder die Erfahrung, dass Vorlagen nicht mehr oder nur sehr schwer abgeändert werden können. Deshalb die Frage, wann ist der richtige Zeitpunkt und was ist die richtige Form für den Rat, auf solche Projekte Einfluss zu nehmen?

Herr Stadtrat Reto Wettstein: Es ist schwierig, den richtigen Zeitpunkt zu fixieren, es ist nicht immer derselbe. Grundsätzlich muss ein konkretes Projekt vorliegen, damit die Diskussion überhaupt Sinn macht. In der Vergangenheit fand beispielsweise bei der Weihnachtsbe-leuchtung ein breiter Einbezug statt. Das Projekt Vorstadt wies der Rat zurück, und in der Folge wurde eine bessere Lösung erarbeitet. Wir können uns gerne einmal zusammensetzen und den idealen Prozess besprechen, heute kann ich ihn nicht vorlegen. Aber es findet immer wieder auf die eine oder andere Art eine Mitwirkung statt, entweder im Rahmen des Verfahrens oder spätestens im Rat.

Herr Titus Meier: Ich habe eine Anregung zu Position 6150.3111.10 Ersatz von Parkuhren auf Seite 19 des gedruckten Büchleins. Heute stehen in der Stadt Parkuhren, die mit Google Pay und Apple Pay bezahlt werden können. Ich ermuntere den Stadtrat, bei Neuanschaffun-gen auch Twint als Zahlungsmöglichkeit anzubieten. Twint erfuhr dieses Jahr in der Schweiz im Zusammenhang mit den durch Covid-19 vermehrt bargeldlosen Zahlungen einen grossen Aufschwung. Ich erlebte es mehrmals, dass Personen ohne Kleingeld vor den Parkuhren standen, aber mit Twint hätten zahlen können. Deshalb bitte ich den Stadtrat, die Parkuhren mit Modellen zu ersetzen, bei denen auch eine Twint-Zahlung möglich ist.

Herr Martin Brügger: Ich stelle Antrag auf Verzicht der Kürzung bei der Budgetposition 7500.3140.00 Arten- und Landschaftsschutz. Als langjähriges Mitglied der Landschaftskommission kann ich dazu nicht schweigen. Es handelt sich um eine effektive Kürzung um 10'000 Franken bei einem Budgetposten von 69'000 Franken. Das ist ein überproportionaler Spareffekt, und ich behaupte, es gibt eigentlich kein Sparen. Das Problem der Landschaftskommission ist, dass sie zu bescheiden ist respektive sehr umsichtig mit den verfügbaren Mitteln umgeht. Die Stadt Brugg hat keine Öko-Fachstelle wie zum Beispiel Aarau oder Baden. Die Kommission versucht, sämtliche Projekte selbst zu erarbeiten, mit viel Fronarbeit effektiv zu wirken und schlussendlich alles der Natur und Landschaft direkt zukommen zu lassen. Die Position enthält keine teuren Verwaltungsschritte.

Es wurde viel über Nachhaltigkeit gesprochen. Beim Natur- und Landschafts-Budget zu sparen, ist nicht nachhaltig. Es ist fast etwas lächerlich, wenn vorhin von Millionenbeträgen die Rede war, und ich nun für 10'000 Franken argumentiere.

Die Fläche von Brugg wurde durch die Fusion mit Schinznach-Bad rund verdoppelt. Bei dieser Budgetposition geht es um die Pflege dieser Fläche respektive um die Natur und den Inhalt dieser Fläche. Wenn die Fläche mit einer Fusion verdoppelt und das Budget nicht entsprechend nachgeführt wird, was mitnichten getan wurde, kann kein grosses Sparpotenzial vorhanden sein. Brugg hat im Vergleich zu anderen Städten wie beispielsweise Zofingen oder Lenzburg nicht einmal die Hälfte des Budgets dieser Städte, die ebenfalls keine Öko-Fachstelle führen. Auch im Zusammenhang mit Brugg als Energiestadt sind Landschaftsaspekte wichtig, zum Beispiel Baumpflanzungen.

In der Landschaftskommission wird viel Fronarbeit geleistet. Am Moschtiag beispielsweise arbeiten Natur- und Landschaftsorganisationen freiwillig, sie versuchen bevölkerungsnah zu informieren und offerieren schlussendlich den in Fronarbeit hergestellten Most der Stadt für den Neujahrsempfang. Dies alles ohne Kosten für die Stadt, was nun der Kommission quasi zum Vorwurf gemacht wird, weil sie nach kostengünstigen Lösungen sucht und das Budget meistens nicht ausschöpft. In diesem Zusammenhang eine Kürzung um 10'000 Franken vorzunehmen, ist nicht gut. Im Vergleich dazu werden die teuren Pflastersteine und Randabschlüsse bei gewissen Strassenprojekten einfach durchgewinkt.

Ein kleines Beispiel. Wenn jemand Goldfische in einem Naturschutzteich aussetzt, kostet der Fischerei-Aufseher, der sie wieder herausholt, rund 3'000 Franken. Das wird aus dem Budget der Landschaftskommission bezahlt.

Ausserdem erhält die Stadt anteilmässige Beiträge des Kantons. Wenn 10'000 Franken im Budget gestrichen werden, entfallen auch die entsprechenden Einkünfte. Unter dem Strich resultiert eine kleinere Einsparung.

Im Gegensatz zu anderen Positionen ist dies eine effektive Kürzung. Eine Kürzung bei Natur und Landschaft ist kein gutes Beispiel für das Wirken einer Stadt.

Es ist mir bewusst, dass ein Auftrag für Einsparungen erging. Es gibt sehr wohl Sparmöglichkeiten, und zwar bei der Budgetposition Raumordnung. Diese Position enthält Beiträge an Brugg Regio. Der Verband arbeitet die Konzepte und entwickelt Strategien zum Beispiel für die Neophytenbekämpfung. Diese Tätigkeiten werden unter anderem mit den Beiträgen der Stadt Brugg finanziert. Im Gegensatz dazu setzen wir das Budget, welches für den Natur- und Artenschutz zur Verfügung steht, bodeneben um.

Ich stelle den Antrag, diese Position nicht zu kürzen, sondern den ursprünglich eingestellten Betrag zu belassen. Stattdessen – darauf komme ich nachher noch – soll dieser Betrag beim Beitrag an Brugg Regio eingespart werden.

Herr Vizeammann Dr. Leo Geissmann: Der Stadtrat schätzt die Mitarbeit und das Engagement der Mitglieder der Landschaftskommission. Es ist eine wichtige Aufgabe, die zu einer guten Standortqualität der Stadt beiträgt. Es gibt aber viele weitere Personen in Brugg, die sich mit Freiwilligenarbeit für die Qualitäten einsetzen, welche die Stadt aufweist.

Der Stadtrat betrachtet die Überarbeitung des Budgets als Gesamtpaket. Ein Aufreissen des geschnürten Pakets erscheint mir nicht zielführend, es gefährdet in meinen Augen den erreichten Kompromiss.

Ein Wort zur vorgeschlagenen Kürzung. Der Stadtrat bemerkte, dass bei dieser Budgetposition gegenüber dem Budget 2020 10'000 Franken mehr eingestellt worden waren. Mit der Kürzung wurde die Position wieder auf den Wert 2020, also auf 59'500 Franken, reduziert. Gegenüber dem Budget 2019, und das ist mit Bezug auf die Fusion mit Schinznach-Bad relevant, stellte dies beinahe eine Verdoppelung dar. Dazumal waren 35'200 Franken eingestellt. Der Stadtrat belies es nicht einfach beim Betrag von vor der Fusion, sondern budgetierte effektiv im Bewusstsein um die grössere Fläche einen erheblich grösseren Betrag. Ich bitte den Rat, den Antrag abzulehnen.

Herr Martin Brügger: Wenn von einem Gesamtpaket gesprochen wird und damit das Gesamtbudget und die Sparmassnahmen gemeint sind, verstehe ich den demokratischen Pro-

zess hier im Rat nicht. Dann können wir es uns ersparen, das Büchlein durchzugehen. Dies wäre dafür gedacht, die einzelnen Positionen seriös und umsichtig anzuschauen.

Es ist wirklich ein Problem der Landschaftskommission, dass sie haushälterisch mit den verfügbaren Mitteln umgeht. Es ist ähnlich wie bei der Armee – verfährt man das zur Verfügung stehende Benzin nicht, muss man fürs nächste Jahr mit Kürzungen rechnen. Besonders störend ist, dass mit der Landschaftskommission keine Rücksprache genommen wurde. Das ist, als ob man das Gesamtbudget nicht mit der Finanzkommission besprochen hätte. Das ist nicht schön hinsichtlich des konsultativen Verfahrens und der Partizipation von Personen, die sich ehrenamtlich einsetzen.

Ich habe die Jahresberichte der Landschaftskommission der letzten Jahre mitgebracht. Ich nehme an, dass der Stadtrat und diejenigen Personen, welche die Kürzungen vorgeschlagen haben, diese Jahresberichte sichteteten und die Kürzungen seriös planten. Es wäre nichts als recht gewesen, wenn man mit der Landschaftskommission Rücksprache genommen hätte. Vielleicht hätte sie konstruktive Vorschläge gehabt, mit welchen nicht auch noch die Beiträge des Kantons gefährdet werden.

Herr Adriaan Kerkhoven: Ich bitte den Rat, den Antrag von Martin Brügger zu unterstützen. Es ist wichtig für unsere Region, dass wir freiwillige Aktivitäten so gut als möglich unterstützen, die im Schneeballeffekt Mehrwert in unsere Landschaft bringen. Die Stadt Brugg hat viele Zentrumslasten und betreibt viel Infrastruktur – zum Beispiel das Hallen- und Freibad – mit grossen Defiziten, deren Nutzen wir der Region zukommen lassen. Jetzt ist es angebracht, unsere Landschaft mit allen Mitteln und möglichst gut zu schützen und Personen für die Mitarbeit zu motivieren und stattdessen eher bei den Zentrumslasten, bei denen wir über Gebühr Geld ausgeben, Einsparungen vorzunehmen.

Herr Stadtrat Reto Wettstein: Ich nehme als Präsident der Landschaftskommission Stellung. Selbstverständlich nahm der Stadtrat die Kürzung nicht leichtfertig vor. Die Arbeit der Landschaftskommission ist sehr wertvoll und sehr wichtig. Ich verstehe insbesondere die Motivation von Martin Brügger, er ist ein sehr engagiertes Mitglied der Kommission, und ich danke ihm an dieser Stelle vielmals für seinen Einsatz.

Nichtsdestotrotz wurde das Budget 2021 im Vergleich zum Budget 2020 um 10'000 Franken erhöht, dieser Tätigkeitsbereich kann immer ausgebaut werden. Die Projektleiterin Umwelt und Energie versicherte aber, dass das geplante Programm auch mit dem reduzierten Budget durchgeführt werden kann. Deshalb hat der Stadtrat die Kürzung so vorgenommen.

In der Abstimmung wird der Antrag Martin Brügger:

«Auf die Kürzung von Fr.10'000.– in Budgetposition 7500.3140.00 sei zu verzichten.»

mit 19 Ja zu 27 Nein abgelehnt.

Herr Martin Brügger: Mein zweiter Antrag wäre eigentlich als Ausgleich zum ersten gedacht gewesen, ich stehe aber selbstverständlich auch inhaltlich dahinter.

Ich stelle den Antrag, den Beitrag an Brugg Regio – aufgeführt unter 7900.3632.00 Raumordnung – von Fr. 3.– auf Fr. 2.– pro Kopf zu reduzieren. Dies gäbe bei 12'554 Einwohnerinnen und Einwohnern einen Spareffekt um genau diesen Betrag.

Wie bereits vorhin angesprochen übernimmt Brugg Regio einige gesetzlich zugewiesene Aufgaben, aber auch freiwillige Aufgaben im Bereich Standortförderung und –marketing und bei der Raumordnung, wo ich ein grösseres Sparpotenzial sehe. Wenn zum Beispiel der Kanton «Natur 2030» in die Vernehmlassung gibt, wird die Beantwortung in der Stadt Brugg von der Landschaftskommission in Fronarbeit erarbeitet. Bei Brugg Regio wird ein Ingenieur- oder Planungsbüro mit der Ausarbeitung beauftragt.

Die Beiträge, die Brugg leisten muss, sind überproportional hoch. Brugg steuert 29 % zum Budget von Brugg Regio bei, hat aber nur rund 9 % Stimmrecht. Bei Windisch ist es noch extremer, Windisch hat nur eine Stimme. Brugg und Windisch finanzieren zusammen einen grossen Teil von Brugg Regio, haben aber relativ wenig Einfluss. In diesem Zusammenhang könnten einige Sparmassnahmen aufgelistet werden. Brugg schraubt die eigenen Aktivitäten zurück oder verschiebt sie – das wäre Brugg Regio auch zuzumuten. Zum Beispiel der Verzicht auf einen oder zwei Apéros oder auf Dinge, die in Zusammenhang mit Covid-19 nicht mehr opportun sind. Die Neophyten-Bekämpfung wird mit externer Hilfe erarbeitet, Brugg versucht sie direkt wirksam umzusetzen. Brugg Regio übersteuert teilweise die demokratisch mögliche Einflussnahme in den Gemeinden. Wenn beispielsweise die Planung einer Deponie in Birrhard durch Brugg Regio unterstützt wird mit der Aussage, es gäbe keinen Widerstand, und gleichzeitig die Hälfte der Bevölkerung der Gemeinde unterschreibt, dass das Projekt kritisch betrachtet werden sollte, ist das nicht sehr demokratisch. Gewisse Aktivitäten und Publikationen können verschoben werden, so wie dies Brugg auch macht. Anlässe finden nicht statt und können aus dem Budget gestrichen werden.

In diesem Sinne beantrage ich die Sparmassnahme, die als Kompensation für den Naturschutz angedacht gewesen wäre, gleichwohl. Es mag heissen, diese Beiträge seien gebunden. Ich stelle dies in Frage. Der Rat beschloss auch über die Beiträge an das Regionale Zivilstandsamt. Falls alle Beiträge aufgrund der Satzungen von Brugg Regio gebunden wären, kann man dies zur Kenntnis nehmen. Aber ich bin der Meinung, dass der Rat als Legislative der Stadt Brugg, die nur über das Budget auf die Aktivitäten von Brugg Regio Einfluss nehmen kann, diese kleine Kürzung vornehmen sollte. Es fliessen immer noch genügend Gelder. Die Budgetposition 8500.3632.00 beinhaltet Fr. 1.75 pro Einwohnerin und Einwohner sowie einen Pauschalbetrag von 19'500 Franken zuhanden der Standortförderung. Hier beantrage ich keine Kürzung, nur bei der Raumordnung. Dies scheint mir gerechtfertigt. Damit mache ich mich vielleicht nicht beliebt bei Brugg Regio, aber wie wir heute bereits hörten, sind wir nicht hier, um beliebt zu werden, sondern um unsere politische Arbeit zu erledigen.

Herr Vizeammann Dr. Leo Geissmann: An meinen Teilnahmen an Sitzungen von Brugg Regio erlebe ich nicht, dass wir von einem Apéro zum nächsten gehen. Auch vorgestern gingen wir nach der Sitzung ohne Apéro direkt nach Hause.

Beim vorliegenden Budgetposten handelt es sich um eine gebundene Ausgabe, die so nicht gekürzt werden kann. Gemäss den kantonalen Vorgaben muss jede Gemeinde Mitglied eines Planungsverbands sein. Das ist ein Gemeindeverband, der ein Budget erstellt, das vom Vorstand festgelegt wird. Im Vorstand sind alle Gemeindeammänner der an Brugg Regio beteiligten Gemeinden vertreten, wobei ich als zweites Mitglied der Stadt Brugg dabei sein darf, da pro 10'000 Einwohnende ein Mitglied für den Vorstand gestellt werden kann. Es ist ein demokratischer Prozess. Vielleicht nicht mit der genauen Repräsentanz aufgrund der Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner, vielmehr ist es eine Repräsentanz durch die beteiligten Gemeinden. Der Pro-Kopf-Beitrag bei der Raumplanung wurde auf Fr. 3.– festgelegt. Bei der Standortförderung, dem zweiten Bereich, in welchem Brugg Regio regionale Aufgaben übernimmt, wurden die Gemeinden angesichts der durch Covid-19 verursachten Lage durch eine Kürzung der Beiträge entlastet. Der Pro-Kopf-Beitrag wurde von Fr. 2.50 auf Fr. 1.75 gesenkt und die zusätzlichen Beiträge der Zentrumsgemeinden wurden für das Jahr 2021 halbiert. Konkret sind im Budget 2021 jetzt 41'600 Franken eingestellt, im Budget 2020 waren es 70'300 Franken. Brugg Regio belastet die Gemeinden im Jahr 2021 also weniger. Aber die Aufgaben, die wahrgenommen werden müssen, ruhen nicht einfach. Es gibt weiterhin verschiedene Aktivitäten und Arbeitsgruppen, darunter eine Arbeitsgruppe, die sich stark um den ländlichen Raum kümmert. Es ist gerade im ländlichen Raum sehr wichtig, dass es eine

Plattform gibt, auf welcher die Gemeinden sich austauschen und zusammenarbeiten können. Auch aus dieser Perspektive ist der Gemeindeverband Brugg Regio sehr wichtig und sinnvoll.

Ich bitte den Rat, den Antrag abzulehnen.

Herr Titus Meier: Aus dem Votum von Martin Brügger spürte ich eine gewisse Unzufriedenheit mit Brugg Regio heraus, eine gewisse Kritik im Bereich Natur und Umwelt. Darauf möchte ich nicht näher eingehen. Ich teile auch seine Ansicht in Bezug auf demokratische Defizite bezüglich der Kompetenzen, welche das Gremium hat. Trotzdem möchte ich dem Rat beliebt machen, dem Antrag von Martin Brügger keine Folge zu leisten.

Brugg ist der Bezirkshauptort. Brugg ist Zentrumsgemeinde. Brugg profitiert durchaus von Brugg Regio – vielleicht stärker als andere Gemeinden, die auch Fr. 3.– pro Person an Brugg Regio zahlen müssen. Es gab eine Phase, in welcher die Mitgliedschaft freiwillig war. Prompt traten einige Gemeinden aus und überwälzten Aufgaben an die Zentrumsgemeinde Brugg. Ich warne deshalb davor, als Zentrumsgemeinde an kleinen Zahlen herumzuschrauben und dadurch eine grosse Wirkung nach aussen zu erzielen. Wenn die Stadt Brugg mit einem Steuerfuss von 97 % bekundet, dass sie der Beitrag von Fr. 3.– pro Einwohnerin und Einwohner reut und sie ihn reduzieren will – was sollen Gemeinden mit einem Steuerfuss von 115 % denken? Es bestehen auch Themen auf kantonaler Ebene, bei denen wir darauf angewiesen sind, dass die Region via Brugg Regio die Stadt Brugg gegenüber dem Kanton unterstützt. Ich denke beispielsweise an die Kantonsschule oder an das Umfahrungsprojekt. Wir profitieren davon, dass Brugg Regio Anliegen der Stadt unterstützt. Ich bitte den Rat deshalb, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Herr Martin Brügger: Es ist tatsächlich so, ein gewisser Unmut besteht, wie es Titus Meier richtig heraushörte. Ich danke ihm auch für die Einschätzung, dass gewisse demokratische Defizite vorliegen.

Als Grossrat fühlt man sich gelegentlich schon etwas komisch berührt, wenn man von gewissen Haltungen von Brugg Regio erst an Sitzungen der grossrätlichen Kommissionen erfährt. Dies ist nicht unbedingt die Holschuld der Parlamentarier. Es hat sich auch einiges bewegt bei Brugg Regio. Die Sitzungen waren früher öffentlich, nun wird der Grossrat nur noch zum Apéro riche eingeladen. Das ist nicht das, was man sich bezüglich Zusammenarbeit wünscht, wenn man etwas für die Region bewegen will.

Nachdem sich Lenzburg bezüglich Kantonsschule etwas ungeschickt verhalten hat, wäre dies eine grosse Chance für unsere Region. Ich hoffe, dass sich Brugg Regio bei dieser Sache geschickt verhält.

Herr Vizeammann Dr. Leo Geissmann erläuterte die Finanzierung und die Wirkungsweise von Brugg Regio und auch, was Brugg in diesem Verband bewirken kann. Ich konnte schon verschiedene Protokolle lesen und sah, dass andere Gemeinden auch schon Vorstösse hinsichtlich der Beiträge lancierten. Offensichtlich korrigierte der Vorstand die Beiträge bei der Standortförderung, was ich wohlwollend zur Kenntnis nehme. Offenbar können einige Aktivitäten aufgrund der durch Covid-19 verursachten Krise tatsächlich nicht durchgeführt werden. Ich übertreibe nun etwas, aber bei der Standortförderung geht es meistens darum, der eigenen Region etwas zuzuschancen, das der anderen Region des Kantons Aargau nachher verlustig geht. Es ist eine relativ kleinkarierte Art von Standortförderung, die betrieben wird. Wenn man mit dem Zug von Winterthur nach Olten fährt, kreuzt man wohl 35 verschiedene Standortförderungsaktivitäten innerhalb der kleinräumigen Schweiz. Da wundert man sich manchmal, wieviel Geld dafür aufgewendet wird.

Herr Vizeammann Dr. Leo Geissmann wies ebenfalls darauf hin, dass es sich um gebundene Beiträge handelt. Es wäre ein symbolischer Akt des Rats, die Sparbemühungen, die wir selber leisten, auf die Organisation zu übertragen.

Herr Stefan Baumann: Auch ich bin nicht von allem begeistert, das Brugg Regio liefert. Vor allem nicht mit dem bereits erwähnten demokratischen Verhältnis.

Was mich jedoch stört, ist, dass hier die Apéros erwähnt werden. Der Unmut wird wohl eher durch den Einsatz von Brugg Regio für das OASE-Projekt verursacht, der nicht allen passt. Die SVP wird den Antrag nicht unterstützen.

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Wie Herr Vizeammann Dr. Leo Geissmann bereits ausführte, gibt die kantonale Gesetzgebung vor, dass die Gemeinden jeder Region einem Planungsverband angeschlossen sein müssen, in dem regionale Fragestellungen beraten und beschlossen werden.

Ich wehre mich gegen die Vorwürfe gegen das demokratische Verständnis des Verbands. Zu unserer Demokratie gehört es auch, dass wir unterschiedliche Gremien mit unterschiedlichen Funktionen und unterschiedlichen Aufgaben haben. Die Aufgaben von Brugg Regio sind recht klar geregelt. Brugg Regio koordiniert zu bestimmten regionalen Themen die Meinungen der Gemeinden. Es werden Geschäfte behandelt, zu denen später im Grossen Rat Ent-

scheide gefällt werden. Dort entscheiden die Grossräte entsprechend ihrer Werthaltung. Im Vorstand von Brugg Regio sind alle Gemeinden vertreten. Insgesamt sind es 21 Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinden, die gemeinsam Entscheide treffen und die Haltung des Verbands definieren. Jede Gemeindevertretung bringt die Haltung der jeweiligen Exekutive in die Sitzungen ein, die wiederum die Haltung der Bevölkerung der jeweiligen Gemeinde widerspiegelt. Die Gemeindevertretungen stehen stellvertretend für die Mehrheit der Bevölkerung. Die Vorstandsmitglieder bemühen sich, ihre Aufgaben in diesem Sinne wahrzunehmen und ihre Stimme entsprechend einzusetzen.

Auf diese Weise entsteht jeweils auch das Budget. Die Vorstandsmitglieder definieren gemeinsam, welche Aufgaben Brugg Regio neben den gesetzlich vorgeschriebenen wahrnehmen soll. Dazu gibt es verschiedene Arbeitsgruppen, welche die Themen aufnehmen und Vorschläge in den Vorstand bringen, der danach das Budget beschliesst und die Pro-Kopf-Beiträge festlegt. Auch der Verteilschlüssel wurde gemeinsam festgelegt. Dies mit dem Grundgedanken, dass etwas für die ganze Region getan wird. Vielleicht profitieren einzelne Teile dieser Region einmal von einem Geschäft mehr und von einem anderen etwas weniger, weshalb in unterschiedlichen Bereichen unterschiedliche Beiträge gezahlt werden. Ich bitte den Rat, an den Beiträgen, die gemeinsam mit der Region ausgehandelt und an den Aufgaben, die miteinander definiert wurden, festzuhalten und nicht auszuscheren. Es wäre kein gutes Zeichen an die Region. Die Stadt Brugg will ein verlässlicher Partner für die Region und unsere Nachbargemeinden sein. Ich bitte den Rat, den Antrag abzulehnen.

In der Abstimmung wird der Antrag Martin Brügger:

«Budgetposition 7900.3632.00 ist auf einen Beitrag von Fr. 2.– pro Einwohnerin und Einwohner zu reduzieren.»

mit 7 Ja zu 35 Nein abgelehnt.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrates zuhanden der Stimmberechtigten:

«Sie wollen das Budget der Einwohnergemeinde für das Jahr 2021 genehmigen und den Bezug von 97 % Gemeindesteuern beschliessen.»

mit 37 Ja zu 11 Nein zugestimmt.

Die Präsidentin gibt den Eingang folgender Vorstösse bekannt:

- Kleine Anfrage Reto Bertschi betreffend Handhabung von Pensionskassengeldern in der Sozialhilfe

Die Präsidentin macht folgende Mitteilungen:

- Franziska Rabenschlag (SP) und Regula Zwicky (CVP) treten per Ende 2020 aus dem Einwohnerrat aus. Der Rat dankt den beiden Austretenden für ihren Einsatz. Die Präsidentin übergibt ihnen ein Präsent und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute.
- Die nächste Sitzung findet am 29. Januar 2021 statt.

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Zunächst bedanke ich mich für die Annahme des Budgets, das nun im Januar 2021 dem Souverän vorgelegt werden kann. Ich versichere dem Rat, dass der Stadtrat sich nun mit Hochdruck der Erarbeitung der Finanzstrategie widmet. Wir leben in einer bewegten Zeit. Das Jahr 2020 wirbelte unser Leben gehörig durcheinander. Die Corona-Pandemie traf unsere Gesellschaft unvermittelt und unvorbereitet. Selbstverständliches war von einem Tag auf den anderen nicht mehr oder nur noch eingeschränkt möglich. Dank Solidarität und Rücksichtnahme, aber auch dank Disziplin und Konsequenz meisterten wir das vergangene Jahr mit seinen ausserordentlichen Anforderungen, unsere Tätigkeiten und unser Zusammenleben gemeinsam. Das Jahr machte uns aber auch bewusst, wie sehr uns die geselligen Stunden und das gemütliche Zusammensein fehlen, und wie wichtig gerade dies auch für unser politisches Leben ist. Genau diese Momente geben uns Gelegenheit, uns über die Parteigrenzen hinaus und zwischen Einwohnerrat und Stadtrat auszutauschen. Sie helfen uns dabei, über den Tellerrand hinaus zu schauen und unterschiedliche Positionen und Haltungen zu verstehen. Damit öffnen sie den Weg, um aufeinander zuzugehen, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und vielleicht auch beim einen oder anderen Geschäft von Maximallösungen abzuweichen zugunsten eines Kompromisses. Deshalb bedaure ich es ganz besonders, dass heute Abend die eigentlich gesellige Schluss-sitzung mit dem Einwohner- und dem Stadtrat nicht durchgeführt werden kann.

Ich möchte deshalb diesen Moment nutzen und mich herzlich für die Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken. Der Präsidentin für die souveräne Leitung der Ratssitzungen, Ihnen, werte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, für die konstruktive Mitarbeit.

Lassen Sie uns mit Optimismus in die Zukunft blicken und das neue Jahr mit Zuversicht angehen. Schon jetzt wünsche ich Ihnen für das Jahr 2021 viel Glück, Erfolg und vor allem Ge-

sundheit. Ich wünsche Ihnen allen eine besinnliche Adventszeit und frohe Weihnachten. Geniessen Sie die Festtage im Kreise Ihrer Nächsten.

Schluss der Sitzung: 17:45 Uhr

NAMENS DES EINWOHNERRATES

Die Präsidentin:



Der Aktuar:

